



Bild: ky/Walter Bierl

Nicht alle Studenten haben finanzkräftige Eltern im Rücken. Staatliche Stipendien helfen weiter, doch die kantonalen Unterschiede sind beträchtlich.

St. Galler T., 22.4.2015

Wider den Stipendien-Wildwuchs

Die Stipendien-Initiative will dem Bund das Heft in die Hand geben, damit die heute stark unterschiedlichen Beiträge für Studenten harmonisiert werden. Dieser bevorzugt sanften Druck auf die Kantone.

DENISE LACHAT

BERN. Träume vom Hochschulstudium sollen nicht wegen des Geldes platzen: Wer studieren will und dazu die nötigen Fähigkeiten mitbringt, der soll studieren können, auch wenn er aus einer ärmeren Familie stammt. Diesem Ziel der Chancengleichheit haben sich sämtliche Schweizer Kantone verpflichtet, und sie richten deshalb alle Stipendien aus. Durchschnittlich erhält ein Stipendienbezüger 6780 Franken pro Jahr (Stand 2012). Allerdings sind Mittelwerte im Bereich der Stipendien wenig aussagekräftig, da die Unterschiede zwischen den 26 Kantonen beträchtlich sind; in manchen Kantonen werden weniger als 6000, in anderen bis zu 16 000 Franken jährlich für ein volles Stipendium bezahlt. Der kleine Kanton Glarus zahlt fast die höchsten Beträge pro Bezüger, richtet sie aber an relativ wenige Personen aus. Aus diesem Grund

gilt Glarus in einer anderen Statistik als knauserig: Gemessen an der Bevölkerung gibt er mit 16 Franken pro Kopf am wenigsten für Stipendien aus, während die Pro-Kopf-Beiträge im Jura mit 80 Franken am höchsten sind. Auch die Vergabepraxis variiert: Mit Ausnahme von Appenzell Innerrhoden ist der Anteil der Stipendienbezüger in der Ostschweiz, der Zentralschweiz und in Zürich kleiner als in anderen Regionen.

Gegner warnen vor den Kosten

Mit diesen kantonalen Unterschieden will der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) aufräumen. Er kritisiert das System als hochbürokratisch und vor allem als unfair; je nachdem, in welchem Kanton Studierende wohnen, erhielten sie mehr oder weniger Unterstützung oder überhaupt keine. Die Volksinitiative, die am 14. Juni zur Abstimmung kommt, verlangt darum eine Harmonisierung

der Stipendien durch den Bund. Zwar sollen weiterhin die Kantone die Beiträge auszahlen, der Bund legte aber den gesetzlichen Rahmen fest. Der VSS wird von der SP und den Grünen unterstützt. Eine Mehrheit des

14. Juni 
ABSTIMMUNG
Stipendieninitiative

Parlaments und der Bundesrat lehnen den Eingriff in die Bildungshoheit der Kantone hingegen ab. Die Gegner warnen vor hohen Kosten: Wenn die staatlichen Beiträge wie vom VSS gefordert auf 20 Prozent, also jeden fünften Studierenden, ausgeweitet werden sollten, koste das den Bund eine halbe Milliarde Franken. Diese Mittel müssten anderswo in der Bildung wieder eingespart werden, warnte Bildungsminister Johann Schneider-Ammann an der Seite von Christoph Eymann, Präsident

der Erziehungsdirektorenkonferenz. Zudem verlangt der VSS eine Anhebung des Maximalbeitrags für ein volles Stipendium auf 24 000 Franken pro Jahr. Das setze falsche Anreize, kritisiert der Wirtschaftsverband Economiesuisse, so bemühe sich kein Student um einen Nebenjob.

Konkordat als Alternative

Lea Oberholzer von der VSS-Geschäftsleitung weist diese Kritik zurück. Es gebe nun einmal Fachrichtungen wie ein Medizinstudium, das Arbeiten neben der Ausbildung kaum mehr zulasse. «Zudem sind die Lebenshaltungskosten in Städten wie Genf oder Zürich nun einmal wesentlich höher als in Freiburg oder St. Gallen.» Der Maximalbetrag werde aber die Ausnahme sein. «Das ist auch für den VSS kein Mittelwert.» Heute liegt der Maximalbetrag in jenen 16 Kantonen, die sich zu einem Stipendienkonkordat geschlossen haben, bei 16 000

Franken. Das Konkordat soll die Alternative zum Volksbegehren sein: Der Bund, der die Stipendienöpfe der Kantone mit jährlich 25 Millionen Franken speist, wird künftig nur noch jene unterstützen, welche die Vorgaben des Konkordats einhalten. Sagt das Volk Nein zur Initiative, tritt diese Gesetzesänderung automatisch in Kraft. Verbindliche Vorschriften für Mindestansätze oder die Zahl der Bezüger macht das Konkordat aber keine.

«Harmonisieren ist richtig, absolute Gleichschaltung nicht», sagt Claudia Keller, Leiterin der Abteilung Ausbildungsbeiträge im Thurgauer Amt für Mittel- und Hochschulen und Vorstandsmitglied der Interkantonalen Stipendienkonferenz. Die Situation von Randkantonen wie dem Thurgau lasse sich mit jener von Zentralkantonen nicht vergleichen. «Viele Thurgauer müssen für ein Studium auswärts wohnen. Darum fallen auch höhere Kosten an.»